

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Gestern stellte Familienministerin Bergmann das jugendpolitische Programm der Bundesregierung vor.

Ich stelle fest: Es ist mit der heißen Nadel gestrickt und hat die Bezeichnung „Programm“ nicht verdient. Es listet nur Projekte auf, die im jugendpolitischen Bereich bereits existieren. Es fehlt eine klare und nachhaltige Ausrichtung auf die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen.

Große Teile des Programms sind politische Lyrik. Die Bundesregierung sollte vielmehr ressortübergreifend Maßnahmen und Konzepte auf den Weg bringen, die die Chancen der Jugend durch gezielte und wirkungsvolle Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik im Sinne größerer Generationengerechtigkeit fördern. Mit vereinzelt inszenierten jugendpolitischen Aktionen ist es nicht getan.

Jugendstudien belegen: die junge Generation ist von der Politik enttäuscht. Deshalb ist es die Pflicht der Bundesregierung, aber auch der Opposition, die Anliegen der Jugendlichen ernst zu nehmen. Wir tun es mit unseren „Jugendpolitischen Leitsätzen“. Auf Wunsch schicken wir sie Ihnen gern zu.

IFE

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Berliner Hiobsbotschaften ...S.2
- 3.900 Soldaten für Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“ bereitstellen ...S.3
- Schwankungsreserve soll um 20 Prozent einer Monatsausgabe reduziert werden ...S.4
- SPD-Innenpolitiker „übergelaufen“ ...S.5
- Röt-Grüne Abstimmungsniederlage ...S.6
- Schily kürzt Gehälter für Verheiratete ...S.6
- Deutschland Schlußlicht ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Berliner Hiobsbotschaften



►► Der „sozialpolitische Scherbenhaufen“ wird immer größer. Die Zahl der Arbeitslosen steigt, die mit der Einführung der Ökosteuern angekündigte Senkung der Beiträge in der Rentenversicherung fällt voraussichtlich aus und die Krankenkassen werden Anfang kommenden Jahres ihre Beiträge ebenfalls erhöhen. Das Versprechen der rot-grünen Bundesregierung, die Sozialbeiträge auf unter 40 Prozent zu senken, rückt in immer weitere Ferne, obwohl sich seit 1997 die Zahl der Beitragszahler nachhaltig erhöhte und durch die Reglementierung der 630-DM Jobs der Kranken- und Rentenversicherung zusätzliche Milliardenbeträge zuflossen.

Die Quote wird bereits Anfang 2002 auf über 41 Prozent steigen. Rechnet man die Bundeszuschüsse (ca. 71,6 Mrd. €) mit ein, liegt die Belastung faktisch bei 50 Prozent! Mit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik und ohne grundlegende entlastungswirksame Reformen kann man keine Senkung erreichen.

Beispiel Rentenversicherung:

Der Beitragssatz kann nach Angaben von Experten 2002 nur stabil gehalten werden, wenn die fehlenden Beitragseinnahmen durch Mittel der Schwankungsreserve ersetzt werden. „Tanken für die Rente“ brachte mit der Ökosteuern nicht die erhoffte Entlastung. Wenn rot-grün jetzt die Schwankungsreserve angreift (heute haben wir den Gesetzentwurf (s. S. 4) in Erster Lesung beraten), greift die Regierung zu dem Mittel, das von ihr während der unionsgeführten Regierung als „Todsünde“ kritisiert worden wäre.

Beispiel Krankenversicherung:

Die großen Kassen haben angekündigt, 2002 die Beiträge anzuheben, um die Mehrbelastungen im Gesundheitswesen auffangen zu können. Vorprogrammiert ist ein

durchschnittlicher Beitragssatz von 14 Prozent. Auch Betriebskrankenkassen werden diesem traurigen Beispiel verfehlter rot-grüner Sozialpolitik folgen.



Beispiel Pflegeversicherung:

Auch hier droht eine Finanzkrise. Ein jährliches Defizit von rund 900 Millionen Mark bedeutet, dass die Rücklagen in drei bis vier Jahren aufgebraucht sein werden. Rot-grün hat die Pflegeversicherung in die roten Zahlen getrieben. Mehrbelastungen von rund einer Milliarde Mark und gleichzeitige Einnahmeausfälle von rund 400 Millionen Mark bringen die Pflegeversicherung in eine bedrohliche finanzielle Lage. <<<

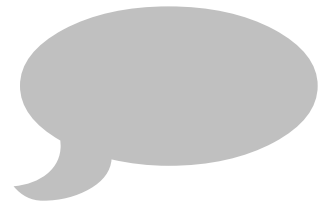
3.900 Soldaten für Anti-Terror-Operation

„Enduring Freedom“ bereitstellen

▶▶ Nach dem Willen der Bundesregierung sollen bis zu 3.900 Bundeswehrsoldaten mit den USA und Partnerstaaten zusammenwirken, um den internationalen Terrorismus im Rahmen der Operation "Enduring Freedom" militärisch zu bekämpfen.

Den Angaben zufolge hat diese Operation zum Ziel, Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, die Terroristen selbst zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten. Vorgesehen sind außerdem Leistungen zum Zweck humanitärer Hilfe.

Als Einsatzgebiet benennt die Regierung über die vom NATO-Vertrag erfassten Territorien hinaus die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien sowie Nordostafrika und die angrenzenden Seegebiete.



Spruch der Woche

"Immer dann, wenn wir wieder halbwegs auf die Beine gekommen sind, kommt ein kleiner Hieb von hinten aus den bayrischen Wäldern."

Angela Merkel
CDU-Parteivorsitzende

Deutsche Kräfte werden sich an etwaigen Einsätzen gegen den internationalen Terrorismus in anderen Staaten als Afghanistan nur mit Zustimmung der jeweiligen Regierung beteiligen.



Die Dauer der Operation, die mit amerikanischen und britischen Luftangriffen auf Afghanistan am 7. Oktober dieses Jahres begonnen hat, richtet sich den Angaben zufolge "nach den Erfordernissen der vielfältigen internationalen Bemühungen" als Reaktion auf die terroristischen Angriffe gegen die USA.

Die Beteiligung der deutschen Streitkräfte soll nach dem Willen der Bundesregierung zunächst auf zwölf Monate begrenzt sein.

Für den deutschen Beitrag zur Operation "Enduring Freedom" sollen etwa 800 Soldaten der ABC-Abwehrtruppe, etwa 250 Sanitätskräfte, 100 Soldaten der Spezialkräfte, 500 Soldaten der Lufttransportkräfte, rund 1.800 Soldaten der Seestreitkräfte sowie etwa 450 Soldaten aus den Reihen der Unterstützungskräfte bereitgestellt werden.

Zum Einsatz kommen laut Bundesregierung nur Berufs- und Zeitsoldaten sowie Wehrpflichtige, die sich freiwillig für derartige Auslandseinsätze gemeldet hätten. <<<

Schwankungsreserve soll um 20 Prozent einer Monatsausgabe reduziert werden

▶▶ Die Bundesregierung will die Mindestschwankungsreserve der gesetzlichen Rentenversicherung um 20 Prozent einer Monatsausgabe reduzieren. Damit soll der Anstieg des Beitragssatzes um 0,3 Prozent verhindert werden, der sonst auf Grund der derzeitigen konjunkturellen Schwäche nötig sei.

Die Senkung würde das Vertrauen in dieses Sozialversicherungssystem schwächen.

Die seit 1977 bestehende gesetzliche Verpflichtung der Rentenversicherung, eine Schwankungsreserve in Höhe einer

Monatsausgabe bereitzuhalten, hat sich bewährt. Dies ist ein Notgroschen und dient dazu, im Laufe eines Jahres auf unvorhergesehene Finanzentwicklungen reagieren zu können, nicht aber um im Vorfeld den Beitragssatz systemwidrig zu beeinflussen.

Fischbach: „Die Bundesregierung will ein Ansteigen des Beitrages zur Rentenversicherung mit einem "systemwidrigen buchhalterischen Eingriff" verhindern, indem sie per Gesetz die vorgeschriebene Schwankungsreserve von derzeit rund 28 Millionen DM um 20 Prozent, also um rund 5,6 Milliarden DM, senkt. Die Folge eines solchen Schrittes wäre ein höherer Beitragssatz spätestens im Jahr 2003, da die Reserve nach der Bundestagswahl im nächsten Jahr wieder aufgefüllt werden muss.

Ich fordere daher die Regierung auf, die Bürger wahrheitsgemäß und vollständig über die Finanzsituation in der gesetzlichen Rentenversicherung zu unterrichten und Vorschläge zu unterbreiten, wie der Beitragssatz stabil gehalten werden kann.“ <<<

SPD-Innenpolitiker „übergelaufen“

▶▶ Bei den Haushaltsberatungen des Innen-Etats sind die SPD-Abgeordneten diese Woche zu uns „übergelaufen.“

Eigentlich sollten die Beratungen abgeschlossen werden. Bis heute lag aber kein Plan der Regierung vor, wofür sie angekündigten ca. 500 Millionen DM für mehr Innere Sicherheit im Einzelnen ausgeben will.

Das war selbst den SPD-Abgeordneten zu viel. Sie stimmten deshalb unserer - in der letzten Woche noch abgelehnten - Forderung zu, die Beratungen um eine Woche zu verschieben. <<<



Wußten Sie schon,

... dass die rot-grüne Bundesregierung für Unsicherheiten auf dem angespannten deutschen Telekommunikationsmarkt sorgt?

Expertengruppen im Bundeswirtschaftsministerium stellen Überlegungen an, um das erst fünf Jahre alte Telekommunikationsgesetz (TKG) an entscheidenden Stellen zu verändern. So will das Wirtschaftsministerium das bisher nur bei Ferngesprächen mögliche Call-by-call – Verfahren auf Ortsgespräche ausdehnen. Diskutiert wird auch, dass die Deutsche Telekom Tarifänderungen nicht mehr vorab der Bonner Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post vorlegen muss.

Rot-Grüne Abstimmungsniederlage

►► Eine Abstimmungsniederlage mußte Rot-Grün im Finanzausschuß hinnehmen, der sich mit dem beschäftigungspolitischen Aktionsplan der Regierung befaßte. Im Bericht der Regierung wurde noch mit veralteten konjunkturellen Zahlen operiert. Wir stellten deshalb den Antrag, die Regierung solle dem Ausschuß einen Bericht mit aktuellen wahren Zahlen präsentieren. Da Rot-Grün ihre eigene Beschäftigungspolitik anscheinend nicht so wichtig nimmt und einige ihrer Abgeordneten nicht anwesend waren, kam für unseren Antrag eine Mehrheit zustande. ◀◀



Schily kürzt Gehälter für Verheiratete

►► Innenminister Schily will die Bezahlung von verheirateten Angestellten im öffentlichen Dienst kürzen. Egal, ob Gering- oder Hochverdiener: Es sollen künftig 200,- DM im Monat weniger sein. Auf unsere Anfrage bestätigte das Innenministerium, daß Schily Gespräche mit den Gewerkschaften vereinbart hat. In Zeiten immer wichtiger werdender Familienpolitik scheint er in Ehe und Familie eher ein wehrloses Spar-Reservoir zu sehen. ◀◀

Deutschland Schlußlicht

►► Die Wirtschafts- und Finanzprobleme in Deutschland sind hausgemacht. Laut EU-Kommission werden die zwölf Euro-Staaten 2001 ein Wachstums von durchschnittlich 1,7 Prozent und 2002 von 1,8 Prozent haben. Deutschland liegt mit 0,8 bzw. 1,4 Prozent am Ende. Die rot-grüne Mär von nicht zu beeinflussenden weltwirtschaftlichen Faktoren ist damit als Lügenmärchen entlarvt. Denn diese Faktoren gelten für die anderen Staaten auch. ◀◀

... das Allerletzte!

Im Gesundheitswesen ist der große Wurf fällig. Doch Gesundheitsministerin Ulla Schmidt übt sich im Löcher stopfen. Peinlicher Höhepunkt: das Gefeilsche um die Arzneimittelpreise. Die forschenden Pharmahersteller, heißt es im Gesundheitsministerium, werden ihr Angebot von 300 Millionen Mark nachbessern müssen, um ein Preisdiktat abzuwenden. Der Deal erweckt den Eindruck, Politik sei käuflich. In Wirklichkeit enthüllt er das Niveau der Gesundheitspolitik: Schmidt braucht Geld, Pharma soll zahlen.